



KÖLNLIBERAL

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE DEMOKRATEN IN KÖLN

Freie
Demokraten

FDP Köln

START FREI FÜR DIE „EUROFIGHTERIN“!



Die Spitzenkandidatin der FDP, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, stimmte auf den bevorstehenden Wahlkampf ein

Am Aschermittwoch fand das 23. traditionelle Fischessen der FDP Köln-Innenstadt statt, ein bedeutendes Ereignis, das in der eleganten Wolkenburg zelebriert wurde. Der Vorsitzende Volker Görzel begrüßte 120 Gäste, darunter hochrangige Persönlichkeiten und Förderer der Partei.

Ehrengast des Abends war Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Mitglied des Deutschen Bundestages und Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl 2024. Weitere Ehrengäste waren Dr. Werner Hoyer, ehemaliger Präsident der Europäischen Investitionsbank, Ralf Nüsser, Geschäftsführer der Koelnkongress GmbH, Professor Henrik Hanstein vom renommierten Kunsthaus Lempertz und Reinhard Houben, ebenfalls Mitglied des Deutschen Bundestages.

Nach der Begrüßung genossen die Gäste ein schmackhaftes Drei-Gänge-Fischessen, das den feierlichen Rahmen des Abends



Ratscherr Volker Görzel begrüßte die Gäste in der Wolkenburg

abrundete. Die Atmosphäre war geprägt von anregenden Gesprächen und einem Gefühl der Gemeinschaft.

Höhepunkt des Abends war zweifellos die Ansprache von Dr. Strack-Zimmermann. Mit Leidenschaft und Überzeugung sprach sie über die zentralen Herausforderungen und Chancen der europäischen Verteidigungspolitik, den Umgang mit Russland und die Werte, die die europäische Union zusammenhalten. Ihr Engagement und ihre klaren Positionen wurden mit begeistertem Applaus honoriert.

Ein weiteres Highlight des Abends war die Spenden-Tombola, die nicht nur für Unterhaltung sorgte, sondern auch einen Beitrag zu wohltätigen Zwecken leistete. In seinen abschließenden Worten hob Görzel hervor: „Es war wieder einmal ein wunderbarer Abend und wir danken allen Gästen, dass ihr auch dieses Jahr wieder dabei wart.“

Das traditionelle Fischessen am Aschermittwoch wird vom Stadtbezirksverband Innenstadt organisiert und ist ein fester und geschätzter Termin im Kalender vieler Mitglieder und Freunde der Partei, ein Symbol für Zusammenhalt, Dialog und die gemeinsame Vision einer starken Kölner FDP.

[pm]

VORWORT

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



Bild: privat

mit zunehmendem Alter muss nun auch ich bedauerlicherweise feststellen, dass die Zeit immer schneller voranschreitet. Seit der letzten Ausgabe sind jetzt nicht nur Weihnachten, Karneval und Ostern wie im Fluge an mir vorbei gerauscht, auch die Geschehnisse andernorts. Der Krieg in der Ukraine befindet sich bereits im dritten Jahr, und auch der Konflikt im Nahen Osten wütet seit mehr als einem halben Jahr. Erschreckend nehme ich auch zur Kenntnis, dass ich mich offensichtlich irgendwie schon daran gewöhnt habe. Das ist nicht gut ...

Mit dem jetzt bevorstehenden Wahlkampf zur Europawahl am 9. Juni gilt es nun auch, die Bedeutung des europäischen Parlaments ins rechte Licht zu setzen. Das Interesse der Wahlberechtigten an der Wahl ist Demoskopien zufolge sehr überschaubar. Dabei sollte spätestens mit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine die Bedeutung des Parlaments in Brüssel jedem Europäer deutlich geworden sein. Dem ist aber offenbar nicht so. Die Gründe, woran das Desinteresse liegt, scheinen vielfältig. Wohlmöglich tragen die EU-Parlamentarier zu einem wesentlichen Teil auch selber dazu bei, denn ein Bild eines einigen Europas geben sie in dieser bedrohlichen Krisenzeit wahrlich nicht ab. Vielleicht können wir deshalb jetzt im Wahlkampf diese Bedeutung etwas deutlicher machen.

Diese Ausgabe steht deshalb ganz im Zeichen von Europa. Unsere Autorinnen und Autoren beleuchten diesmal mit Ihren Beiträgen die vielfältigen Facetten europäischer Politik aus der Sicht aller politischen Ebenen. Sie zeigen, dass Europa nicht nur ein abstraktes Konstrukt ist, sondern sich in unserem alltäglichen Leben wiederfindet. Vielleicht findet sich bei der Lektüre auch für Sie ein inspirierender Gedanke. Damit wir nicht alles für selbstverständlich hinnehmen – schon gar nicht unsere Freiheit!

Stephan Wieneritsch
CHEFREDAKTEUR

PARTEI IM PROGRAMMODUS

Bilder: FDP Köln; Maurice Cox



Lorenz Deutsch, Vorsitzender der FDP Köln

Am 19. September 2023 ist der Prozess für die Erarbeitung unseres aktuellen kommunalen Grundsatzprogramms gestartet. Den Auftakt bildete ein Abend im Pfandhaus mit Ina Enseroth, an dem viele Kölner Liberale ihre Ideen für die Zukunft Kölns eingebracht haben. Seither tagen unsere Programmwerkstätten.

Die Vorgaben von Ina Enseroth waren klar: wir suchen nach Ideen, die begeistern und den Kölnerinnen und Kölnern eine klare Perspektive vermitteln: liberale Politik realisiert die Chancen unserer Stadt – Chancen die das aktuelle Ratsbündnis sträflich liegen lässt.

Dabei müssen die Freien Demokraten in Köln nicht bei Null beginnen. Im Gegenteil gibt es schon eine sehr solide Grundlage für den aktuellen Programmprozess. 2018 haben wir uns auf den Weg zu einem eigenen Kölner Leitbildprozess

gemacht. Angelehnt an die sechs Felder der Bundesleitbildes haben wir kommunale Übersetzungen entwickelt. In dieser Logik haben wir dann im Jahr 2019 unser Kommunalwahlprogramm geschrieben. Dafür mussten wir gewohnte Bahnen verlassen: statt eines Aufbaus nach Fachbereichen, wie sie sich auch in den Ausschüssen des Rates wiederfinden, haben wir ein Zukunftsbild nach unseren Leitbildthemen gezeichnet. So wird deutlich, dass Fachthemen sehr breit auf die Entwicklung unserer Stadt einwirken können. So ist Mobilitätspolitik wichtig für die freie selbstbestimmte Entfaltung der Einzelnen, legt aber auch infrastrukturelle Grundlagen für die moderne wachsende Stadt und ist gleichzeitig ein entscheidender Baustein für die lebenswerte, nachhaltige Stadt. Der Vorteil des neuen Aufbaus wird schnell deutlich: es geht um Zukunftsbilder für unsere Stadt, um die Frage, wie wir in den nächsten 10 bis 20 Jahren leben wollen. Dafür reicht eine Betrachtung allein in Fachperspektiven nicht mehr aus.

Neu und vielleicht auch etwas überraschend war diesmal auch, dass wir schon so früh begonnen haben. Gestartet sind wir bereits zwei Jahre vor der nächsten Kommunalwahl im Herbst 2025 – so früh wie noch nie! Die Idee dabei war, dass wir jetzt schon unsere programmatische Grundlage legen und nach deren Abschluss dann in die konkrete Verdichtung für ein knappes und knackiges Wahlprogramm gehen. Am 22. Juni 2024 werden wir auf einem programmatischen Parteitag das große Kommunalprogramm für

Köln verabschieden. Dieses Vollsortiment werden wir in der zweiten Jahreshälfte auf die besten Ideen hin abklopfen und zu einem liberalen Aktionsplan für Köln verdichten, unserem eigentlichen – kurzen aber knackigen – Wahlprogramm! Damit bestücken wir dann unser Schaukastenfenster, um allen Kölnerinnen und Kölnern ein klares Bild davon zu zeichnen, wie Köln sich mit liberaler Politik entwickeln kann.

Die Werkstätten sind aktuell in der Schlussphase. Alle Mitglieder sind aufgerufen, ihre Ideen einzubringen. Sobald die Vorschläge aller Werkstätten zu einem Antrag für den Parteitag im Juni zusammengeführt sind, können alle Freien Demokratinnen und Demokraten an der Beratung teilzunehmen und das beste Programm für Kölns Zukunft mitgestalten. Nach zehn ambitionierten Jahren von Schwarz-Grün im Rathaus braucht Köln dieses Programm mehr denn je! Ich freue mich auf Ihre/Eure Beiträge!

Lorenz Deutsch

Vorsitzender FDP-Kreisverband Köln



KLARE HALTUNG ZEIGEN!

Der 7. Oktober 2023 markierte für Jüdinnen und Juden in Deutschland eine Zäsur. Allein für den Zeitraum bis zum 9. November 2023 registrierten die RIAS-Meldestellen (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) im Kontext der Massaker der Hamas und des Krieges in Israel und Gaza bundesweit 994 verifizierte antisemitische Vorfälle. Das bedeutet rechnerisch 29 pro Tag und somit viermal so viele wie im Jahresdurchschnitt 2022.

Dass Antisemitismus kein ausschließlich deutsches Phänomen ist, sondern im europäischen Kontext betrachtet werden muss, zeigt ein Blick in die Niederlande. Dort sorgte jüngst eine Studie der Jewish Claims Conference (JCC) für Empörung, wonach fast jeder vierte Erwachsene unter 40 Jahren den Holocaust für einen Mythos hält. Vor diesem Hintergrund überraschen die Proteste zur Eröffnung des Holocaust-Museums in Amsterdam im März diesen Jahres nicht.

In Frankreich gab es laut Innenministerium seit Oktober 2023 genauso viele antisemitische Vorfälle wie in den drei Vorjahren zusammen. Vor wenigen Wochen äußerte sich die US-amerikanische Philosophin Judith Butler in Paris öffentlich zum 7. Oktober 2023: „Man kann für oder gegen bewaffneten Widerstand sein, man kann für oder gegen Hamas sein, aber lasst es uns wenigstens bewaffneten Widerstand nenne. Dann können wir debattieren, ob wir es richtig finden oder nicht, ob sie das Richtige getan haben; ob es die richtige Strategie war.“

Butlers Ausführungen sind ganz offensichtlich eine bewusste Täter-Opfer-Umkehr samt schlichter Verharmlosung des Terrors der Hamas. Äußerungen wie diese sind auch deshalb gefährlich, weil sie ein antisemitisches Narrativ bedienen, das weltweit als Rechtfertigung für Israel- bzw. Judenhass dient.

Gemeinsam mit Judith Butler unterzeichnete die kanadische Künstlerin Harja Waheed am 19. Oktober 2023, also nur wenige Tage nach dem Terrorangriff der Hamas, einen „Offenen Brief der Kunstszene an Kulturorganisationen“, in dem es heißt, es gäbe „zahlreiche Beweise dafür, dass wir Zeugen eines Völkermords sind, bei dem das ohnehin prekäre Leben der Palästinenser als unwürdig erachtet wird.“

Damit hat der aus Teilen der internationalen Kulturszene heraus geführte Kampf gegen Israel auch Nordrhein-Westfalen erreicht. Denn Harja Waheed wurde für den Kunstpreis „K21 Global Art Award“ nominiert, der von den Freunden der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, einer privaten Stiftung, verliehen wird. Auch wenn der Preis laut eigener Aussage vollständig von privatem Geld finanziert wird, hätte man nach dem 7. Oktober 2023 die Berufung der Nominierungsjury kritisch überdenken können, wenn nicht sogar müssen.

Ein klares Bekenntnis zu demokratischen Werten und zur Sicherheit Israels ist unverrückbar und gilt auch für den Kulturbereich. Man darf erwarten, dass die Kunstsammlung NRW und alle weiteren staatlich geförderten Kulturinstitutionen unserer Gesellschaft mit einem ethisch einwandfreien Anspruch und Dienst gerecht werden. Und spätestens nach den Ereignissen in Berlin hätten bei den Beteiligten und Verantwortlichen die Alarmglocken schrillen müssen.

Es steht außer Frage, dass Kulturschaffende und Kultureinrichtungen unabhängig von Einflussnahme agieren können und sollen. Dem gegenüber steht jedoch das Recht auf ein geschütztes jüdisches Leben. Eine auf staatlicher Basis erfolgte Förderung von Künstlerinnen und Künstlern, die gegen den Staat Israel agitieren, konterkariert den hohen moralischen Anspruch mancher Kulturschaffender, die mitunter nicht selten um das Anprangern gesellschaftlicher Missstände verlegen sind. Auch dadurch besteht die Gefahr, dass jüdische Künstlerinnen und Künstler von einem fairen, gleichberechtigten nationalen sowie internationalen Wettbewerb in der Kunst ausgeschlossen werden.



Bilder: MEVA-Verlag; FDP-NRW

Yvonne Gebauer ist seit 2012 Mitglied des Landtages NRW. Von 2017 bis 2022 war sie Landesministerin für Schule und Bildung. Seitdem ist sie Sprecherin für Kultur der FDP-Landtagsfraktion

Auch der von mehreren Tausend Künstlerinnen und Künstlern geforderte Ausschluss Israels von der Biennale in Venedig, die gerne auch als die Olympischen Spiele der Kunst bezeichnet wird, ist ein erneuter Beweis dafür, dass sich nicht wenige Kulturschaffende weltweit antisemitisch offenbaren.

Doch auch in Deutschland entwickelt sich zunehmend ein in die Öffentlichkeit getragener „kultureller Antisemitismus“, wie die Vorfälle auf der documenta fifteen, der 74. Berlinale, zwischendurch in den Hamburger Deichtorhallen und nun im Herzen der Landeshauptstadt Düsseldorf gezeigt haben.

Was kann, was wird die geforderte Antidiskriminierungsklausel in den Ländern bewirken – wie weit strahlt sie über die Grenzen Deutschlands nach Europa und in die Welt hinaus?

Wir Freie Demokraten im Landtag NRW fordern: Antisemitismus in der Kulturszene darf in NRW, aber auch anderswo keine Bühne erhalten. Gesetzlich garantierte und staatlich geförderte Kunstfreiheit ist kein Freifahrtschein für Israelhass, sondern bedarf Haltung und Verantwortung eines jeden Einzelnen.

Vor diesem Hintergrund kommt der Europawahl am 9. Juni 2024 eine besondere Bedeutung zu. Christian Lindner sprach auf dem Europaparteitag Ende Januar von einer „Gestaltungswahl“, bei der es um die Stärkung von Freiheit und Demokratie in Europa gehe. Da Antisemitismus die Freiheit unserer Gesellschaft einschränkt und die Demokratie angreift, können sich die Bürgerinnen und Bürger mit einer Stimme für eine demokratische Partei in dieser Frage klar positionieren.

Yvonne Gebauer MdL

Sprecherin für Kultur der FDP-Landtagsfraktion



Reinhard Houben MdB

Bilder: Agricultural Research Service; FDP Bundestagsfraktion

DIE FDP SORGT AUCH IN EUROPA FÜR VERNUNFT

Es hat sich mittlerweile herumgesprochen: Die FDP bremst Gesetzesvorhaben in Berlin nicht aus Spaß an der Freude. Es geht uns immer darum, die Entwürfe besser zu machen und in eine vernünftige Form zu bringen. Diese Aufgaben haben wir auch in Europa. Wir sorgen dafür, dass die Bundesregierung in Brüssel gegen neue Richtlinien stimmt oder sich zumindest der Stimme enthält, wenn diese unsinnig sind.

Wir haben dies zuletzt beim europäischen Lieferkettengesetz erlebt. Im Dezember verkündete die EU-Kommission eine Einigung mit dem Europaparlament, die schärfer als das bestehende deutsche Lieferkettengesetz sein sollte. Sie sollte für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern und einem weltweiten Umsatz von über 150 Millionen Euro gelten. Die Pflichten sollten indes auch für Unternehmen ab 250 Beschäftigten mit einem Umsatz von mehr als 40 Millionen Euro in Kraft treten, wenn mindestens 20 Millionen davon in bestimmten Risikosektoren umgesetzt werden. Darunter sollten etwa Textilien, Landwirtschaft, Fischerei, Lebensmittelherstellung oder Abbau von mineralischen Rohstoffen fallen.

Angesichts dieser vielen Probleme hat die FDP in der Bundesregierung durchgesetzt, dass sich Deutschland in Brüssel der Stimme enthält. Damit konnte eine kleine Entschärfung der Richtlinie erreicht

werden. Die Grenze wurde auf 1.000 Beschäftigte und 450 Millionen Euro angehoben – nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren. An diesen Geltungsbereich soll sich stufenweise herangetastet werden. Nach einer Übergangsfrist von drei Jahren sollen die Vorgaben zunächst für Firmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und mehr als 1,5 Milliarden Euro Umsatz weltweit gelten, nach vier Jahren sinkt die Grenze auf 4.000 Mitarbeitende und 900 Millionen Umsatz. Die Sonderregelungen für bestimmte Risikobereiche wurden gestrichen.

Erreicht das Lieferkettengesetz überhaupt sein Ziel?

Die Grenze von 1.000 Beschäftigten entspricht am Ende der Regelung, die bereits im deutschen Lieferkettengesetz gilt. So konnte die FDP zumindest eine weitere Verschärfung verhindern. Zufrieden sind wir aber dennoch nicht.

Dabei interessiert es mich gar nicht, ob die Wirtschaftsverbände Sturm laufen oder nicht. Ich muss als Abgeordneter die Frage beantworten: Erreichen wir mit unserem Lieferkettengesetz etwas vor Ort, um die Menschen vor Unterdrückung, schlechten Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung zu schützen? Mein Eindruck ist, dass wir mit solchen Gesetzen dieses Ziel überhaupt nicht erreichen. Ich sehe mehrere Probleme:

1. Ordnungspolitisch:

Sollte eine Aufgabe, die eigentlich die öffentliche Hand übernehmen muss, an die Privatwirtschaft übertragen werden? Denn um die Frage, ob Menschenrechte eingehalten werden, ob Arbeitsnormen eingehalten werden, muss sich nach unserer Meinung der Staat kümmern und nicht ein Unternehmen. Es wäre besser, wenn zum Beispiel der deutsche Botschafter in Peking zur chinesischen Regierung geht und sagt „Wir haben In-

formationen, dass es in dieser Provinz menschenrechtliche Probleme gibt“ statt den Mittelständler mit 250 Beschäftigten nach vorne zu schicken. Und es ist nicht akzeptabel, dass ein Unternehmen haften muss für einen Bereich, auf den es selbst keinen Einfluss hat.

2. Wirtschaftspolitisch:

Die Problematik wird nach unten durchgereicht, sodass auch kleinere Unternehmen betroffen sind. Sie werden von großen Kunden zu dem Thema befragt und müssen im Grunde deren Arbeit zur Kontrolle der Lieferketten übernehmen. Demzufolge entstehen ihnen auch die Kosten dafür.

3. Menschenrechtspolitisch:

Werden wirklich alle ehrlich antworten? Und können sie überhaupt für alle Lieferstücke die Wahrheit in Erfahrung bringen? Je größer der Kunde, desto eher wird ihm dann das bestätigt, was gewünscht ist.

4. Entwicklungspolitisch:

Es gibt schon jetzt den Effekt, dass Zara nicht mehr in Myanmar nähen lassen will oder dass eine große Anzahl von Röstereien keinen Kaffee mehr in Äthiopien kaufen will. Warum? Weil vor Ort kaum kontrolliert werden kann, ob alles sauber abläuft. Damit erweist das Lieferkettengesetz den unterentwickelten Staaten einen Bärendienst.

Natürlich will auch die FDP keine Produkte, die durch Kinderarbeit entstanden sind oder durch Zwangsarbeit. Nun scheint diese Richtlinie einen Mechanismus einzuführen, der sehr viel Arbeit bringt, aber das Ziel überhaupt nicht erreicht. Volkswagen hat für eine Fabrik in Chinas kritischer Provinz Xinjiang eine entlastende Bestätigung bekommen. Damit laufen jetzt die Chinesen herum und behaupten, dass alle Berichte über Menschenrechtsverletzungen dort falsch seien. Wollten wir das wirklich erfahren? Wird ein solches Ergebnis nicht dazu ge-

nutzt, eine Nebelwand aufzubauen, um tatsächliche Probleme zu verstecken?

Die FDP wird das Thema auch im Europawahlkampf ansprechen. Es bietet sich auch an, um den Unterschied zwischen der FDP und der CDU deutlich zu machen. Die CDU hat schon in der Großen Koalition mit der SPD das deutsche Lieferkettengesetz mitgetragen, jetzt ist ihre Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen die treibende Kraft hinter der europäischen Regelung gewesen. Die EU-Kommissionschefin hat in ihrer Amtszeit die EU nicht wesentlich vorangebracht, dagegen die bürokratische Belastung für kleine und mittlere Unternehmen und die Industrie immer weiter erhöht.

.....
Reinhard Houben MdB
*Wirtschaftspolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion*

LIBERALE ANTWORTEN

Joachim Heinemeyer Schatzmeister FDP-Kreisverband Köln



Bild: privat

Joachim Heinemeyer wurde 1980 in Bonn geboren. Nach seinem Abitur ging er 1999 als Offizier zur Bundeswehr. Dort studierte er Betriebswirtschaftslehre, schloss das Studium als Diplomkaufmann ab und übernahm in unterschiedlichen Bereichen der Luftlande- und Gebirgsjägerbrigade Führungsverantwortung. Nach einer einjährigen Ausbildung in den USA sowie nach einem Auslandseinsatz in Afghanistan absolvierte er die Generalstabsausbildung an der Führungsakademie in Hamburg. Im Jahr 2021 verließ er auf eigenen Wunsch die Streitkräfte und ist seitdem Partner bei einer großen Personalberatung in Köln. Er ist verheiratet und wohnt mit seiner Familie in Rodenkirchen. Er trat 2017 der FDP bei und engagiert sich seitdem im Stadtbezirksverband Süd/Rodenkirchen. Bis 2023 war er dessen Vorsitzender. Im März vergangenen Jahres wurde er zum Schatzmeister des Kreisverbandes gewählt.

Auf welche eigene Charaktereigenschaft sind Sie besonders stolz?

Gelassenheit, wenn es drauf ankommt.

Was mögen Sie an sich gar nicht?

Nicht gehen zu können, wenn es am schönsten ist und dann immer der letzte zu sein. Und diese Schoko-Sucht...

Welches politische Projekt würden Sie gerne beschleunigt wissen wollen?

Weniger Staat, mehr Unternehmertum. Da stecken aber so viele Projekte drin.

Wem würden Sie mit welcher Begründung einen Orden verleihen?

Meiner Frau habe ich natürlich längst einen Orden verliehen, daher an Jonas Hector, dass er mit uns in Liga Zwei gegangen ist.

Welche Persönlichkeit in der Geschichte bewundern Sie?

Helmuth Graf von Moltke. Er hat viel mehr Spuren hinterlassen, als uns bewusst ist.

Wie und wo würden Sie gerne mal Ihren Urlaub verbringen?

Eine Rundreise durch den Mittleren Westen der USA, wenn die Kinder mal älter sind.

Welches Buch würden Sie auf eine einsame Insel mitnehmen?

Ein einsamer Berg wäre mir lieber, dann so ziemlich alles von Tolkien.

Welches Kulturereignis haben Sie in der letzten Zeit besucht?

Natürlich DAS Kulturereignis in Köln: Karneval von oben bis unten.

Welches Lied singen Sie gern unter der Dusche?

Die FC-Hymne.

Wo hätten Sie gern Ihren zweiten Wohnsitz?

Irgendwo in Aventurien mit Menschen, die diese verrückte Leidenschaft mit mir teilen.

Was verbindet Sie mit Köln?

Hier habe ich meine Frau kennengelernt, hier sind meine Kinder geboren, hier steht unser Haus, hier spielt der Effzeh.

Was können Sie besonders gut kochen?

Der Grill ist meine Küche, das ganze Jahr, sehr oft auch fleischlos.

Was ist Ihr Lebensmotto?

§ 3 Kölsches Grundgesetz. (Anm.d.Red.: „Et hätt noch immer jot jejang.“)

Was steht auf Ihrem Wunschzettel?

Der ein oder andere Bourbon. Und Tickets für den nächsten Super Bowl.

IM GESPRÄCH MIT HAUKE HINTZE

Wenn man derzeit über Europa sprechen möchte, kommt man eigentlich unweigerlich sofort zum Krieg in der Ukraine. Wie ist Ihr Blick auf die derzeitige Situation dort?

Es herrscht natürlich der typische Nebel des Krieges, d. h. man kann von außen nicht mit Sicherheit sagen, wie die Lage konkret aussieht. Aber es ist gut zu erkennen, dass der Verteidigungswillen der Ukraine trotz allen Leids ungebrochen ist, was auch angesichts der Tatsache, dass eine Niederlage die Auslösung der Ukraine als Staat, Volk und Kultur zur Folge hätte, verständlich ist. Die Unterstützung seitens der westlichen Staaten könnte besser sein und sollte es auch, wenn man bedenkt, dass die Ukraine sich gegen einen Eroberungskrieg eines faschistischen Regimes wehrt. Die Taurus-Debatte ist in doppelter Hinsicht bezeichnend: Zum einen bevormunden Politiker in verantwortlichen Positionen die Ukraine darin, was sie für ihre Verteidigung benötigt, ohne dass diese Politiker jemals haben erkennen lassen, dass sie in Sicherheits- und Verteidigungspolitik über nennenswerte Kompetenz verfügen.

Diese Realitätsferne vieler Funktionäre gerade bei der SPD hat zu vielen Problemen geführt, die wir heute haben – Abhängigkeit vom russischen Gas, Nicht-Eindämmung der russischen Expansionsgelüste, Vernachlässigung der Bundeswehr. Zum anderen zeigt sich auch, dass viele nicht verstanden haben, wie sich die Zeiten geändert haben: Es besteht die reale Gefahr, dass Putin

bei einem Sieg in der Ukraine weitere Staaten Ost-/Mitteleuropas attackiert und Deutschland dadurch dann doch eines Tages zur Kriegspartei wegen der NATO-Beistandsklausel wird. Wir haben ein ureigenes Interesse daran, dass sich die Ukraine effektiv und erfolgreich gegen die russische Aggression verteidigt, damit der russische Imperialismus – nach Tschetschenien, Georgien und jetzt der Ukraine – endlich gestoppt wird.

Was könnte die Europäische Union besser machen als bisher? Was macht sie richtig?

Es hat sich schon einiges getan, wenn man sich anschaut, wie zaghaft die Anfänge der Ukraine-Unterstützung waren. Die Koordinierung der finanziellen Mittel läuft ganz gut, die militärische Unterstützung ist aber Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten, und da gibt es Licht und Schatten. Man sieht, dass die Staaten, die Erfahrungen mit dem russischen Imperialismus haben, die Lage wesentlich realistischer einschätzen und hilfswilliger sind. Es kommt jetzt darauf an, dass die Ukraine mit der EU einen verlässlichen Ansprechpartner hat, der die Unterstützung der Mitgliedsstaaten organisiert. Die Ukraine braucht klare Signale, dass sie zur europäischen Staatenfamilie gehört und eine gute Perspektive hat, EU-Mitglied zu werden, wenn auch nicht in unmittelbarer Zukunft. Die verschiedentlich zu hörenden Stimmen, dass man doch einen Ausgleich mit Russland finden müsse, hat die EU bisher sehr gut einfriden können – außer kurzfristiger

Selbstprofilierung bei einigen Politikern ist in der EU keine Strömung zu erkennen, die Russland als seriösen Verhandlungspartner wiederbeleben will.

Mit dem russischen Angriffskrieg hat sich auch die Energieversorgung in Europa grundlegend verändert. Sind wir da auf dem richtigen Weg?

Die ad-hoc-Maßnahmen haben ziemlich gut funktioniert. Es zeigt sich aber, dass die Energiepolitik der letzten Jahre fatal war und immer noch unzureichend ist. So richtig der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist, so deutlich zeigt sich, dass eine gangbare Gesamtstrategie fehlt. Solange es nicht ausreichend Speicher für wind- und sonnenarme Zeiten gibt, solange muss es ausreichend Reservekraftwerke geben. Aus ideologischen Gründen einfach Kohlekraftwerke abzuschalten, verkennt die Realität; zunächst müssen genügend Gaskraftwerke zur Verfügung stehen. Am besten wäre der Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke gewesen, und Neubauten sollten kein Tabu sein. Wir können in Deutschland froh sein, dass in der EU immer wieder ein Ausgleich zwischen verschiedenen Positionen gefunden werden muss und dadurch radikale Sichtweisen sich nicht durchsetzen können; dadurch kann die Kernkraft in der EU weiterhin ihre Zukunftsfähigkeit beweisen, auch wenn das in Deutschland durch verhärtete Kernkraftgegner derzeit nicht möglich ist.

In Berlin ist Marie-Agnes Strack-Zimmermann als ausgesprochen engagierte

„SO RICHTIG DER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN IST, SO DEUTLICH ZEIGT SICH, DASS EINE GANGBARE GESAMTSTRATEGIE FEHLT.“

Hauke Hintze wurde 1971 in Hannover geboren. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er Betriebswirtschaft an der Fachhochschule der Deutschen Bundesbank. Seine praktischen Studienzeiten verbrachte er bei der Dienststelle des Direktoriums der Deutschen Bundesbank in Frankfurt/M. und bei der Landeszentralbank in Bonn. Nach seinem Abschluss 1995 studierte er Jura in Bonn. Ab 2002 arbeitete er als Rechtsanwalt bei zwei Großkanzleien in Frankfurt/M. im Bereich Gesellschaftsrecht und Finanzierungen. 2007 zog er nach Köln und baute für eine Big4-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den Kölner Standort der angeschlossenen Rechtsanwaltsgesellschaft als Niederlassungsleiter auf. 2013 wechselte er zu einer multidisziplinären Unternehmensberatung und ist dort als Partner und Syndikus tätig. Darüber hinaus ist er als Rechtsanwalt in eigener Kanzlei tätig. Er hat zwei Kinder und lebt mit seiner Partnerin in der Kölner Innenstadt.

Der FDP gehört er seit 2002 an. Von 2011 bis 2013 war er Vorsitzender des Landesfachausschusses Innen und Recht. Für die Europawahl 2024 ist er der Kandidat der Kölner FDP.

Unterstützerin der Ukraine präsent. Sie ist jetzt als FDP-Spitzenkandidatin für die Europawahl gestartet. Wie haben Sie sie bisher wahrgenommen? Werden Sie auch gemeinsam Wahlkampf machen?

Es ist erfreulich, dass Strack-Zimmermann als profilierte Fachpolitikerin mit ihrer Kandidatur fürs Europaparlament die Bedeutung der EU unterstreicht. Sie ist eine Bereicherung für den Europawahlkampf und ihre engagierte, schnörkellose Art hilft außerordentlich, die Ziele der FDP zu vermitteln. Wir hatten schon einen gemeinsamen Termin an Aschermittwoch in Köln und werden noch häufiger gemeinsame Termine wahrnehmen. Es zeigt sich schon jetzt, dass sie mit ihrer Präsenz drängende europäische Probleme ins Bewusstsein rückt und Positionen der FDP hervorragend vertritt. Es wäre gut, wenn auch andere Parteien echte Spitzenkräfte für Europa nominieren würden, um der Bedeutung der EU gerecht zu werden.

Was sind Ihre persönlichen Themen für Europa?

Aufgrund meines beruflichen Hintergrundes als Wirtschaftsanwalt und angesichts der derzeitigen Lage liegt es auf der Hand, dass einer meiner Schwerpunkte die Wirtschaftspolitik ist. Europa ist auf vielen Gebieten Taktgeber für wirtschaftliche Entwicklungen, wenn auch nicht immer zum Vorteil. Die kürzlich verabschiedeten Lieferkettenrichtlinie und KI-Richtlinie der EU zeigen, dass der Regulie-

rungswahn auf europäischer Ebene ungebrochen ist und die liberalen Kräfte dagegenhalten müssen. Auch der Tabubruch Gemeinschaftsschulden während der Corona-Krise bedarf einer entschiedenen Haltung, dass das nicht wieder vorkommt. Die EU muss dagegen innovationsfreundliche Rahmenbedingungen in den Bereichen Gentechnik, KI, Datenverarbeitung/Informationstechnologie und Energie setzen, da ist noch viel zu tun. Manchmal ist die EU aber auch sehr hilfreich, Entscheidungen zu treffen, die auf einzelnen nationalen Ebene irrational aufgeladen sind – hier ist die auf Falschinformationen beruhende Verbotsforderungen bezüglich Glyphosat ein gutes Beispiel, dessen Zulassung auf EU-Ebene verlängert wurde.

Wie sehen Sie Europa für den Fall aufgestellt, wenn Donald Trump in den USA wieder zum Präsidenten gewählt wird?

Die USA ist für die EU zu wichtig, als dass ein Präsident Trump, wenn er denn eine gegen europäische Staaten gerichtete Politik betreiben sollte, folgenlos für die EU wäre. Im militärischen Bereich hängt noch viel – zu viel – an den USA, da rächt sich u. a. die naive Vernachlässigung der Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten. Die Tech-Giganten der US-Wirtschaft sind auch ein Einfallstor nach Europa, das die EU nicht schließen kann. Jede Maßnahme in diesem Bereich, die Trump ergreift, würde uns mit aller Konsequenz treffen. Wir kämen bspw. nicht umhin, Sanktionen gegenüber China mitzutra-

gen, wenn es andernfalls hieße, dass wir Sekundärsanktionen ausgesetzt wären. Wir hängen da am Tropf der USA. Gerade Deutschland als Exportnation wäre auch besonders betroffen, wenn die USA ihren Markt abschotteten. Man muss nüchtern feststellen, dass die USA von ihrer Wirtschaftskraft und Innovationsstärke her einfach ein Partner sind, an dem man nicht vorbeikommt und von dem man sich nicht emanzipieren kann, ohne Einschränkungen der eigenen Lebensweise in Kauf zu nehmen. Es wird sich zeigen, was ein etwaiger Präsident Trump tatsächlich unternehmen wird – bei ihm ist ja völlig unabsehbar, was er tatsächlich macht –, und es heißt, immer schnell und entschlossen zu regieren, was bei der EU nicht immer einfach ist.

Wo würden Sie in Europa gerne mal Urlaub machen?

Bei mir steht schon lange das Baltikum ganz oben auf der Liste der Reiseziele, die ich unbedingt besuchen möchte. Gerade Riga mit seiner Jugendstil-Neustadt möchte ich gerne mal sehen. Daneben hatte ich schon Odessa im Auge, als Russland seine Offensive startete und dieses Ziel erst einmal unmöglich machte, aber ich bin optimistisch, dass eine Reise an die ukrainische Schwarzmeerküste in nicht allzu weiter Ferne wieder möglich sein wird.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

[Das Gespräch führte Stephan Wieneritsch.]

FÜR EIN LIBERALES EUROPA

MEHR FREIHEIT!



Bild: EIB

Werner Hoyer war über 25 Jahre Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Staatsminister im Auswärtigen Amt und von 2012 bis zu Beginn dieses Jahres Präsident der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg

In zwei Monaten findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt – und mehreren demokratischen Untersuchungen zufolge scheint sich nur eine Minderheit der Wahlberechtigten dafür zu interessieren. Wenn man untersucht, welche Themen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Zusammenhang am meisten interessieren, stellt man fest, dass es den allermeisten entweder darum geht, ein Ventil für die Artikulation von Frust und Enttäuschung über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage und „die da oben“ zu finden oder ihre Meinung über Fragen der Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik auszudrücken. Themen der Europapolitik scheinen für die meisten bei ihrer Wahlentscheidung kaum eine Rolle zu spielen. Allenfalls wird noch über das „Bürokratiemonster“ geklagt – obwohl Deutschland, NRW und Köln beim Thema Bürokratie, Modernisierungsverweigerung und Digitalisierungsrückstand selber unschlagbar sind ...

Darin kommt sehr schmerzhaft zum Ausdruck, dass das Wissen um europäische Themen, die Funktionsweise der europäischen Institutionen und die Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses ausgesprochen schwach ausgeprägt ist – unter anderem ein eklatantes Versagen der politischen Bildung. Aber auch die Politik erklärt gefährlich wenig, wie europäische Politik funktioniert, wie z.B. die Interaktion der Co-Gesetzgeber Rat und Parlament organisiert ist. Dabei entscheiden Parlament und Rat auf der Grundlage von Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission äußerst wichtige Fragen für unser Leben.

Den Vätern und Müttern des europäischen Integrationsprozesses war bewusst, dass nach zwei katastrophalen Weltkriegen das grosse Friedens- und Wohlstandsprojekt auf unserem Kontinent nur gelingen kann, wenn auf der Basis gemeinsamer Werte von Freiheit, Recht und Demokratie wesentliche Entscheidungen gemeinsam getroffen werden. Der Binnenmarkt ist dabei von besonderer Bedeutung, weil er allen Marktteilnehmern faire Chancen im Wettbewerb garantiert und z.B. Subventionswettläufe weitgehend erschwert.

Erst recht gilt dies, wenn es um die Rolle Europas und der europäischen Staaten

in der Welt geht. Der frühere belgische Außenminister Paul Henri Spaak hat schon vor mehr als einem halben Jahrhundert festgestellt, dass es in Europa nur kleine Staaten gibt – „solche, die schon wissen, dass sie klein sind, und solche, die erst langsam realisieren, dass sie es auch sind“. In der Globalisierung gilt das erst recht. Wir Europäer haben erst langsam gemerkt, dass wir weder der Nabel der Welt noch die wirtschaftlich stärkste und innovationsfreudigste Region sind.

Im globalen Wettbewerb hätten wir es ohne die Segnungen des Binnenmarktes und ohne die gemeinsamen Regeln, die in ihm gelten, noch schwerer, mit immer stärker werdenden Konkurrenten nicht nur auf der Nordhalbkugel mitzuhalten. Das wird besonders deutlich, wenn man an unsere zunehmende Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen denkt, die es dringend erforderlich macht, Dialog und Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens zu suchen. Und dort werden wir Europäer nur ernst genommen, wenn wir gemeinsam handeln.

Umso wichtiger ist es, dass eine Partei, die sich wie unsere FDP Rechtsstaatlichkeit und fairen Wettbewerb auf ihre Fahnen schreibt, diese gemeinsamen Rechtssetzungsprozesse proaktiv mitzugestalten versucht. Liberale Europapolitik

darf sich daher nicht im Neinsagen erschöpfen, sondern muss einen konstruktiven Gestaltungsanspruch glaubwürdig erheben. Wir wollen nicht Nein sagen zu europäischem Handeln, wir wollen es besser machen! Fairer Wettbewerb und Subsidiarität sind dabei die Leitplanken. Rat und Parlament haben die Macht, diesen Leitplanken zur Geltung zu verhelfen und der EU-Kommission Dampf zu machen. Auch hier gilt: Weniger von der Leyen, mehr von der Freiheit! Und auch eine entsprechende Weiterentwicklung des Vertragsrahmens ist kein Tabu, erfordert aber enormes Engagement. Wir Liberale sind in der Lage, uns daran kraftvoll zu beteiligen.

Unsere Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann kann das und verdient unser aller Unterstützung! Zum Beispiel wenn es darum geht, das Einstimmigkeitsprinzip im Rat bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu überwinden. Wie sonst können wir Europäer globales Gewicht erlangen, wenn in außerordentlich herausfordernden Zeiten wie z.B. bei der gemeinsamen Antwort der EU auf den eklatanten Völkerrechtsbruch gegenüber der Ukraine durch den russischen Diktator ein einzelnes Mitgliedsland der EU per Veto alles blockieren kann?

Wir Liberale lassen uns nicht in die Versuchung treiben, einen negativ gepolten Europawahlkampf zu betreiben; wir wissen spätestens seit Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher, dass Europa unsere Zukunft ist („eine andere haben wir nicht!“), und deshalb wollen wir Europa kraftvoll mitgestalten! Es lohnt sich, sich in diesen verbleibenden Wochen des Europawahlkampfes aktiv einzubringen! Machen Sie mit!

.....
Werner Hoyer

FREIHEITSPROJEKT BINNENMARKT

Nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit feierte einer der Eckpfeiler der Europäischen Union im vergangenen Jahr seinen 30. Geburtstag: der europäische Binnenmarkt.

Durch ihn wird der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen innerhalb der EU genauso wie innerhalb eines einzelnen Landes ermöglicht. Die Harmonisierung und die gegenseitige Anerkennung von Regeln und Normen bietet Unternehmen die Chance, ihre Produkte auf einem Markt mit über 450 Millionen Menschen zu verkaufen. Die Europäerinnen und Europäer ihrerseits profitieren zum einen von hohen gemeinsamen Produktsicherheitsstandards. Zum anderen führen gemeinsame Wettbewerbsregeln und freier Handel in der Regel zu niedrigeren Preisen und höherer Produktvielfalt. Die Bürgerinnen und Bürger selbst können in jedem EU-Land leben, studieren, arbeiten oder ihren Ruhestand begehen. Schließlich hat die Schaffung eines gemeinsamen Marktes in Europa vor 30 Jahren die EU zu einem der mächtigsten Handelsblöcke der Welt gemacht, gleichauf mit anderen globalen Handelsmächten wie den USA und China.

Nordrhein-Westfalen ist ohne ein zusammenarbeitendes, vereintes Europa heute nicht mehr vorstellbar. Für sich genommen wäre NRW die sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union; Fläche, Bevölkerung und Wirtschaftsleistung liegen ähnlich wie in den benachbarten Niederlanden. Wir profitieren von den engen Verflechtungen mit den europäischen Partnern in ganz besonderem Maße. 58,8 Pro-

zent des gesamten Handelsvolumens zwischen Unternehmen mit Sitz in NRW mit der Welt entfällt auf die EU. Rund ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung und fast jeder sechste Arbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen hängt an den EU-Exporten. Besonders ausgeprägt ist dies in der rheinischen Chemieregion, wo über 30 Prozent der Wertschöpfung auf dem Export in die EU-Partnerländer basieren.

Noch deutlicher ist die Verflechtung mit den europäischen Partnern auf Ebene der Direktinvestitionen. Drei von vier Euros, die als Direktinvestitionen aus dem Ausland in NRW angelegt sind, stammen aus den EU-Mitgliedsstaaten. Und ebenso stark sind Unternehmen aus NRW bei den europäischen Nachbarn engagiert.

Gäbe es den europäischen Binnenmarkt nicht mehr, etwa weil Deutschland aus der Europäischen Union austräte, wie es manche politische Kräfte indirekt oder auch offen propagieren, würde Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge das Bruttoinlandsprodukt um mehr als fünf Prozent sinken. Der Wohlstand wäre um annähernd 38 Milliarden Euro niedriger, knapp 490.000 Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel.

Die vielfältigen Brüche in der Zusammenarbeit, die die Folge eines Austritts aus der EU und dem Binnenmarkt wären, hätten erhebliche negative Auswirkungen auf Wohlstand, Arbeit und Zukunftschancen. Die Integration zurückzudrehen würde zu sinnloser Wohlstandsvernichtung führen.

Mehr denn je kommt es angesichts der geopolitischen Herausforderungen und schwierigen wirtschaftlichen Zeiten auf ein starkes und handlungsfähiges Europa an. Es sei entscheidend, dass sich die EU im harten globalen Standortwettbewerb konkurrenzfähiger aufstellen. Hierzu gehört auch eine Weiterentwicklung des Binnenmarkts. Der Binnenmarkt ist kein statisches Gebilde – politische, wirtschaft-



Bild: Maurice Cox

Hans H. Stein war über 16 Jahre in Brüssel als Direktor des Europäischen und Transatlantischen Dialogs der Friedrich Naumann Stiftung sowie als Leiter der nordrhein-westfälischen Landesvertretung bei der EU tätig

liche, soziale und technologische Veränderungen erfordern ein regelmäßiges Update.

Europa muss einfacher werden. Die Menschen sollen die EU nicht mit Überregulierung oder Verboten verbinden, sondern mit einfachen, schnellen, nachvollziehbaren Lösungen für die Probleme unserer Zeit. Ein mutiger Abbau von Regulierung, Bürokratie und überbordenden Berichtspflichten schafft Freiräume und Wachstumschancen. Die nächste Kommission sollte daher als erste Amtshandlung einen „Bureaucracy Reduction Act“ vorlegen. Beim grenzüberschreitenden Handel von Dienstleistungen und Daten gibt es weiterhin hohe Hürden, die beseitigt werden müssen. Der Energiebinnenmarkt ist unvollendet, was für eine energieintensive Industrieregion wie Nordrhein-Westfalen zunehmend zu einem Standortproblem wird. Wenn wir das Erfinden, Forschen, Gründen und die Nutzung von Bildungsangeboten in ganz Europa einfacher machen, kann Europa bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Führungsrolle im weltweiten technologischen Fortschritt zurückerlangen und Union zu einem starken und krisenfesten Wirtschaftsraum entwickelt werden.

Der europäische Binnenmarkt ist ein Freiheitsprojekt. Er gehört zu den großen Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses. Er hat den Menschen in Europa spürbar mehr Freiheiten in ihrem Alltag ermöglicht. Aus der Vielfalt der unterschiedlichen Länder und der Stärke der Zusammenarbeit ergibt sich eine einzigartige Kombination, die Wohlstand fördert und nationale Nachbarn zu Partnern und Freunden werden lässt. Das allein sollte Grund genug sein, sich auch künftig für ein vereintes Europa in Vielfalt einzusetzen.

Hans H. Stein

Graphik: Europäisches Parlament





FDP-Fraktionschef Ralph Sterck und der belgische Botschafter Geert Muylle 2023 im Gespräch in Berlin

STATT MOLTKE KOMMEN JETZT DIE BELGIER

Die Haltestelle „Moltkestraße“ soll künftig „Belgisches Viertel“ heißen

Köln hat 2018 die Auszeichnung „Europaktive Kommune“ verliehen bekommen. Die FDP-Ratsfraktion möchte, dass dieses Zeugnis des Engagements für Europa nicht nur eine Urkunde im Rathaus bleibt. Der europäische Gedanke soll auch auf anderen Ebenen stärker gefördert werden. Eine Möglichkeit dafür bietet das Haltestellennetz der Stadtbahn.

Die Liberalen starten deshalb eine Initiative, drei Haltestellen der KVB nach europäischen Partnerländern zu benennen. Dazu wird in der Sitzung des Verkehrsausschuss vor der Europawahl ein Antrag gestellt, der die entsprechenden Arbeitsaufträge an die Stadtverwaltung und die KVB beinhaltet. Der Beschlussvorschlag enthält folgende Punkte:

- Bus- und Stadtbahnhaltestelle „Moltkestraße“ der Linien 1, 7, 136 und 146 in „Belgisches Viertel“
- U-Bahn-Station „Poststraße“ der Linien 3, 4, 16 und 18 bzw. Busstation „Rothgerberbach/Poststraße“ der RVK-Linie 978 in „Griechenmarktviertel“
- Bus- und Stadtbahnhaltestelle „Sülzgürtel“ der Linien 13, 18, 130 und 134 in „Luxemburger Straße/Gürtel“

Die Deutsche Bahn wird aufgefordert, ihre künftige S-Bahn-Station über der Aachener Straße ebenso „Belgisches Viertel“ zu nennen.“

Die Namen „Belgisches Viertel“ und „Griechenmarktviertel“ beschreiben die Veedel, die die Haltestellen erschließen. Insbesondere die Poststraße ist in ihrer Bedeutung nicht angemessen für die Benennung einer U-Bahn-Station. Mit der Post hat sie lange nichts mehr zu tun. Dagegen prägen der Kleine und der Große Griechenmarkt und die Griechenpforte den Namen des ganzen Viertels.

Und auch der Königlich-Preussische Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke (1800-1891) muss es verschmerzen, den Namen der Haltestelle Europa zu opfern.

Helmuth Karl Bernhard von Moltke, ab 1870 Graf von Moltke, stammte aus einem mecklenburgischen Uradelsgeschlecht und hatte später einen wesentlichen Anteil an den Erfolgen Preußens in den deutschen Einigungskriegen.

Im Zuge des Gürtels sind die Haltestellen an den Knotenpunkten mit den kreuzenden Hauptstraßen in der Regel in der Systematik „Stadtname+er Straße/Gürtel“ benannt. Der Haltestellennamen „Sülzgürtel“ fällt hier raus. Das Argument mit der Länge des Namens der Endhaltestelle (25 Zeichen beim neuen Namen) ist spätestens seit „Sparkasse Am Butzweilerhof“ (26 Zeichen) widerlegt.

Bei einem Treffen mit dem belgischen Botschafter Geert Muylle im vergangenen Jahr in Berlin berichtete dieser, dass er das Belgische Viertel in Köln natürlich kenne und bereits besucht habe. Als er von der Haltestellenumbenennung erfuhr, sagte er seine Unterstützung zu. Nun muss nur noch die Ratsmehrheit von der Idee begeistert werden, damit aus dem Antrag auch ein Beschluss wird.

Ralph Sterck
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Köln

DREIKÖNIGSTREFFEN IN HÖHENBERG



Zu Beginn des Jahres lud die Kölner FDP wieder zum traditionellen Jahresauftakt ein. Der Kreisvorsitzende Lorenz Deutsch begrüßte diesmal gut 120 Gäste, die sich bei Viktoria Köln im Sportpark Höhenberg eingefunden hatten.

In seiner Ansprache beschrieb er mutige Reformen, das Bekenntnis zur Schuldenbremse und eine auf Entlastung ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik als Handschrift der FDP und unumstößlichen Teil ihrer DNA. Er forderte die Mitglieder auf, dies positiv zu verstärken und sich für die weitere Übernahme von Verantwortung auch in der Bundesregierung auszusprechen. Die Möglichkeit zu gestalten, treibe die Freien Demokraten an, Kompromisse blieben in einer ernsthaft verhandelten Koalition nicht aus.

Mit Blick auf die Kölner Politik nannte der stell. Fraktionsvorsitzende Volker Görzel die Ost-West-Achse als wichtigstes

politisches Vorhaben, das jetzt bis zum Sommer in den Gremien entschieden werden müsse. „Es ist unser Anspruch, dass Köln als größte Stadt in NRW endlich mit anderen europäischen Metropolen gleichzieht.“

Als Gast sprach die NRW-Antisemitismusbeauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Es ist die Haltung in den Köpfen, die sich ändern muss. Remigration ist heute schon Unwort des Jahres.“ Mit mehr als 1.400 Toten ist der Terrorangriff der Hamas das schlimmste Massaker an jüdischen Zivilisten seit dem Holocaust. Der 7. Oktober 2023 stellt daher nicht nur eine Zeitenwende dar, er ist das Programm unserer Zeit. Sie forderte ein entschiedenes Aufstehen der Mitte gegen den Terror. „Als Liberale haben wir eine besondere Verantwortung, gegen den zunehmenden antisemitischen Resonanzboden vorzugehen.“

[pm]

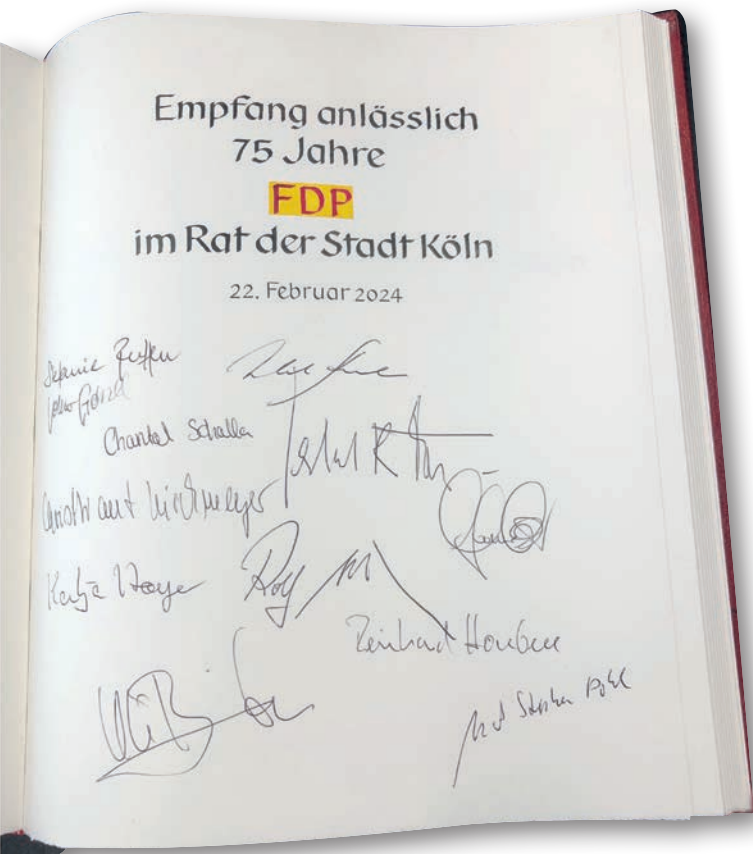


Bilder: Thomas Bonneyer



75 JAHRE FDP-FRAKTION

OBERBÜRGERMEISTERIN HENRIETTE REKER LUD ZUM EMPFANG



Bilder: Thomas Benneker

Oberbürgermeisterin Henriette Reker inmitten aller aktiven und ehemaligen FDP-Ratsmitglieder

1948 zog die Kölner FDP erstmals in den Rat der Stadt Köln ein. Von der Rettung des Praetoriums in den 50er Jahre und des Inneren Grüngürtels in den 70er Jahren bis zur Einführung von Green Bonds geht seitdem vieles, auch Überraschendes auf ihr Konto, stellte die Oberbürgermeisterin beim Empfang im Rathaus fest. Nach dem Fraktionsvorsitzenden Ralph Sterck durften sich auch die derzeitigen und ehemaligen Ratsmitglieder in das Gästebuch der Stadt Köln eintragen. Mit dabei das FDP-Urgestein Gerhart Baum, der vor seiner Bundeskarriere von 1969 bis 1973 selbst FDP-Fraktionsvorsitzender im Kölner Rat war. [pm]

VERLEIHUNG DES FRIEDRICH-JACOBS-PREISES



Die Preisträger mit den Mitgliedern der Ratsfraktion bei der Preisverleihung im Haus Unkelbach

Seit 2010 verleiht die FDP-Ratsfraktion den Friedrich-Jacobs-Preis. Für 2023 hat der Verein „Blau-Gelbes Kreuz e.V.“ den Preis erhalten. Die Laudatio hielt Ratsfrau Stefanie Ruffen: „Das Blau-Gelbe Kreuz hat sich in außergewöhnlicher Weise für Hilfsbereitschaft und den Schutz von

Menschenleben in Zeiten des Ukrainekriegs eingesetzt. Insbesondere hat es sich für Opfer des Krieges engagiert, darunter Kinder, Flüchtlinge, Verletzte und andere stark bedürftige Menschen in der vom Krieg heimgesuchten Ukraine. Die Prinzipien der Hilfsbereitschaft und

Menschlichkeit, die dieser Verein verkörpert, sind Vorbilder für uns alle. Diese Auszeichnung soll nicht nur die bisherigen Leistungen würdigen, sondern auch Ansporn sein, weiterhin für eine bessere Welt einzutreten.“

Julia Chenusha, Geschäftsführerin des Vereins, sagte dazu: „Wir fühlen uns geehrt und wissen die Anerkennung unserer Arbeit sehr zu schätzen, unser deutsch-ukrainisches Team tut jeden Tag alles, was möglich ist, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnt. Wir danken allen unseren Helferinnen und Helfern und Unterstützerinnen und Unterstützern für die Hilfe, die die Ukrainerinnen und Ukrainer dabei unterstützen, für ihre eigene Existenz, aber auch für unsere Werte zu kämpfen. Gemeinsam sind wir stark!“

[pm]

IMPRESSUM: KölnLiberal ist die Zeitschrift der FDP-Köln

FDP-Köln · Breite Straße 159 · 50667 Köln · T 0221 253725 | FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln · Rathausplatz 1 · 50667 Köln · T 0221 221-23830

Redaktion: (V.i.S.d.P.) Stephan Wieneritsch · info@fdp-koeln.de · www.fdp-koeln.de · Redaktionsschluss: 02. April 2024

Mitwirkende dieser Ausgabe: Dr. Christian Beese | Lorenz Deutsch | Yvonne Gebauer | Volker Görzel | Reinhard Houben | Werner Hoyer | Hans H. Stein | Ralph Sterck